

DIE LINKE.

in Niddatal

Straßenbeiträge vollständig streichen!

Der Hessische Landtag musste sich nach vielen Protesten mehrmals mit den Straßenbeiträgen befassen. Vorläufiges Ergebnis: Die Kommunen können selbst entscheiden, ob sie diese Abgabe erheben. Aber ganz so freiwillig ist das nicht!

In Niddatal besteht seit 2004 eine Straßenbeitragsatzung. Im Moment findet sie keine Anwendung, weil innerorts keine Straßen grundlegend saniert werden. Wäre das der Fall, müssten die Bürger zahlen.

Einmalige oder wiederkehrende Straßenbeiträge werden diskutiert. Aber Strassenbeiträge sind ganz und gar unakzeptabel! Ihre Notwendigkeit ergibt sich nur, wenn

die Kommunen finanziell nicht ausreichend ausgestattet sind. Dann werden die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zu den Steuern und den anderen kommunalen Abgaben noch einmal zur Kasse gebeten.

Die Linksfraktion im Landtag hatte dazu bereits im Januar 2018 einen Gesetzestext vorgelegt. Viele Kommunen und Bürgerinitiativen unterstützten diese

Fortsetzung auf Seite 2

Endlich geschafft: Zwei Ärzte für Assenheim

Der Linke Stadtverordnete Wolfgang Bott freut sich: Endlich wurden Nachfolger für die Assenheimer Ärzte gefunden. Dafür hatte er sich eingesetzt.

Weiter auf Seite 2

Gibt es denn andere Geld- quellen?

Auch die FDP fordert, die Straßenbeiträge in Niddatal außer Kraft zu setzen. Sie wollen andere Geldquellen erschließen, um die kommunalen Straßen sanieren zu können. Welche sollen das sein? Erhöhungen der Grundsteuer? Erhöhungen der Gewerbesteuer? Das sagt die FDP nämlich nicht.

Die FDP rechnet in Ihrem Antrag die Kosten für die Straßensanierungen herunter. Deswegen ist der Antrag der FDP nur ein Schaufensterantrag: Man will sich bei den Wählern gut darstellen.

DIE LINKE bleibt dabei: Das Land hat die Kommunen in der Vergangenheit immer stärker belastet - jetzt ist es an der Zeit, auskömmliche Kommunalfinanzen einzufordern!

Fortsetzung von Seite 1

Straßenbeiträge vollständig streichen!

parlamentarische Initiative. Der Linke Gesetzentwurf will die Straßenbeiträge abschaffen. Die Mittel, die den Städten und Gemeinden entgehen sollen mit Landesmitteln ausgeglichen werden, z.B. mit einem kommunalen Investitionsprogramm in ausreichender Höhe.

Keine der anderen Parteien stimmte dem linken Gesetz zu. Doch der Protest in Hessen ging weiter. So sahen sich im Mai/Juni auch die anderen Landtagsfraktionen gezwungen Gesetzentwürfe vorzulegen.

CDU, Grüne und FDP wollen, dass die Kommunen selbst über Straßenbeiträge entscheiden. Aber dann bleiben diese auf den Kosten für die Straßensanierungen sitzen. Denn eine Erhöhung der Zuweisungen aus Landesmitteln ist nicht vor-

gesehen. Das können sich viele Kommunen nicht leisten. Niddatal wird das auch nicht können. So ist diese „Freiwilligkeit!“ ein zynisches Bonbon.

Auch die SPD im Landtag zog nach. Sie will nun auch die Abschaffung der Straßenbeiträge. Sie fordert ein 60 Millionen Investitionsprogramm für Straßensanierungen.

Für DIE LINKE. ist von besonderer Bedeutung, dass die Menschen nicht mit hohen Summen - es kommen leicht 5-stellige oder gar 6-stellige Beträge zusammen - belastet werden und dann jahrelang verschuldet sind. In Hessen sind zahlreiche Bürgerinitiativen aktiv. In Bayern hat der Druck schon gewirkt: Die Straßenbeiträge wurden im April 2018 wieder abgeschafft.

Wie sehen das die Bürger?
Sagen Sie uns Ihre Meinung zu den Straßenbeiträgen:
Sollen die Anlieger zahlen? Soll es wiederkehrende Beiträge geben? Oder sollen sie ganz weg?

ViSdP.: Rudi Kreich, Assenheim, mail: info@die-linke-wetterau.de, Web-Seite: www.die-linke-wetterau.de

Fortsetzung von Seite 1

Zwei Ärzte für Assenheim

Seit Kurzem steht fest: Dr. Maus und Dr. Rixe-Eberth werden nicht ohne Nachfolger bleiben: Die neuen Ärzte, Nohl und Bence, werden die Patienten in Assenheim betreuen. Ein bisschen stolz ist Wolfgang Bott. Er hatte sich um die Verbindung zu den Ärzten gekümmert.

Kindergarten im Container

Es besteht dringender Bedarf an Kita-Plätzen in Niddatal. Deshalb wird derzeit ein neuer Kindergarten in Ilbenstadt geplant. Doch wird der Bau noch dauern. Derzeit stehen 40 Kinder unter 3 Jahren und 13 Kinder über 3 Jahren auf der Warteliste für die Kita.

Im Sozialausschuss wurde über Übergangslösungen diskutiert.

Auf Vorschlag einer Bürgerin soll nun mit dem Verwalter von Haus Gottfried über Räume gesprochen werden. Außerdem wird man die Möglichkeit prüfen, Container aufzustellen